

Manifest - damit die GAP 2020 der Berglandwirtschaft Zukunft bringt!

Die EU-Kommission stellt in ihrer Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis 2020 vom 18. November 2010 fest: *Eine Einstellung der öffentlichen Förderung würde zu einer stärkeren Konzentration der landwirtschaftlichen Erzeugung in einigen Gebieten mit besonders günstigen Bedingungen und intensiveren landwirtschaftlichen Praktiken führen, während die weniger wettbewerbsfähigen Gebiete von Marginalisierung und Landaufgabe bedroht wären. Solche Entwicklungen hätten zunehmende Umweltbelastungen und die Verschlechterung von wertvollen Lebensräumen zur Folge mit gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einschließlich einer irreversiblen Beeinträchtigung des landwirtschaftlichen Produktionspotenzials in Europa.*

Eine erstaunliche Einsicht, die weder neu noch fern ist. Schon 1975 wurde deshalb das EWG-Bergbauernprogramm mit der Ausgleichszulage für Berg- und benachteiligte Gebiete als erste Direktzahlung eingeführt. Dessen Bedeutung ist allerdings von Reform zu Reform zugunsten der Förderung der wettbewerbsfähigen Landwirtschaft geschrumpft. Sollten nach marktwirtschaftlicher Logik wettbewerbsfähige Lagen und Betriebe aber nicht ohne Direktzahlungen zu Recht kommen?

Wenn die im Bericht der EU-Kommission genannte Befürchtung gestoppt werden soll, ist eine Reform der GAP von ihrer marktradikalen in eine ökosoziale Richtung notwendig. Dazu erwarten wir:

1. die Orientierung an der **Ernährungssouveränität** im Sinne des Weltagrarberichtes statt am Weltmarkt;
2. dass das europäische Agrarmodell der **Multifunktion Grundlage von allem Denken und Handeln** in Agrarpolitik und Landwirtschaft wird;
3. eine **Entideologisierung** des ökologischen wie konventionellen Landbaues zugunsten der großen Herausforderungen der Energieverknappung und des Klimawandels;
4. dass **Grünland**, vor allem in den Berggebieten, nicht weiter als Pflegefall gesehen wird, sondern als Alternative zu den Kraftfutterimporten für eine klimaneutrale Landwirtschaft erkannt wird;
5. die Abkehr von Fördermaßnahmen, die **Überschüsse und volatile Preise** und damit die sowie die Entsolidarisierung der Landwirtschaft zur Folge haben;
6. dass **die Ausgleichszulage für Berg- und benachteiligte Gebiete zum Vorbild** einer gerechten Förderung erkannt und mit aktuellen und nachvollziehbaren Kriterien weiterentwickelt wird;
7. die große **Biodiversität** in den Berg- und benachteiligten Gebieten fair honoriert wird, damit eine Entwicklungen zur Erhaltung unseres vielfältigen Natur- und Kulturerbes möglich wird;
8. dass die Abwanderung der Milch- und Fleischerzeugung aus den Berg- und Grünlandgebieten gebremst wird durch Sicherung einer **flächendeckenden Verarbeitungs- und Erfassungsstruktur**;
9. eine **Ländliche Entwicklungspolitik** nicht nur als grüne Kulisse der Massenproduktion, sondern für lebendige Ländliche Räume, die neue Arbeit um den Bauernhof schafft;
10. dass Verwaltung, Kontrollen und Zertifizierung **nicht weiter Ungleiches wie Gleiches behandeln**, sondern Spielräume für regionale Vielfalt, kurze Wege und natürliche Kreisläufe nutzen.

Stand 12.05.2011